

28. November 1991

**Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel fordert die Einsetzung einer  
Enquete-Kommission zur politischen Aufarbeitung von 40 Jahren Vergangenheit der DDR**

Die notwendige politische Aufarbeitung von 40 Jahren unbewältigter DDR-Geschichte ist ein langfristiger gesellschaftlicher Prozeß in gesamtdeutscher Verantwortung, der natürlich besonders im Osten, grundsätzlich jedoch in ganz Deutschland und in allen gesellschaftlichen Bereichen nötig ist und von dem niemand behaupten kann, daß er ihn für alle leisten könne.

Mit dem gerade verabschiedeten Stasi-Unterlagengesetz hat der Deutsche Bundestag eine wichtige Voraussetzung für die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung geschaffen. Damit ist seine Aufgabe jedoch nicht erschöpft. Der Deutsche Bundestag, als das höchste gewählte Gremium mit Abgeordneten aus ganz Deutschland, trägt besondere Verantwortung für die Aufarbeitung dieser Geschichte.

Deshalb fordere ich dazu auf, daß der Deutsche Bundestag eine

**Enquete-Kommission zur Feststellung der Vorgänge, Zusammenhänge und strukturellen Verantwortlichkeiten in den 40 Jahren der DDR**

bildet.

In den letzten Monaten ist in diesem Zusammenhang mehrfach ein Tribunal gefordert worden. Unklar blieb, wer da eigentlich in wessen Namen agieren sollte. Genau diese Frage aber ist von zentraler Bedeutung, wenn verhindert werden soll, daß es eine selbsternannte Quasijustiz wird oder ein umstrittener Club von Moralisten, die glauben, für alle sprechen zu können.

Die unbearbeitete DDR-Geschichte lastet auf uns, treibt viele Menschen um, und läßt uns in Deutschland nicht zur Ruhe kommen. Es ist die Geschichte der DDR, die Geschichte der Menschen, die in ihr lebten. Die Erfahrungen von Unrecht und Unterdrückung sind noch lebendig, Verletzungen können nicht einfach weg-

gewischt werden. Und das nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch, um das Vertrauen in gerade erst gewonnenes Recht und Rechtsstaatlichkeit zu festigen und nicht zu zerstören.

Tod, Leid und Entmündigung prägen diese Geschichte genauso wie Anpassung, Sich-durch-Wursteln, schweigendes und lautes Mittun, Mitschreien. Doch es gab auch Wahrheit und die Forderung nach Demokratie, das Sich-verweigern und Widerstand. Und dann gab es den zur Tat werdenden Willen zu Rechtsstaatlichkeit und Recht, sich nicht für unzuständig erklären zu lassen für die eigene politische Wirklichkeit. Es ist eine weithin unbekannte Geschichte, obwohl Millionen davon betroffen sind. Mythen machen sich breit, Verantwortliche für das herrschende System gibt es offensichtlich kaum. Recht scheint es, was diese Geschichte betrifft, nicht zu geben, jedenfalls bisher keine Urteile.

Gerichtsurteile sind in einem Rechtsstaat Sache der Justiz. Doch ist eine öffentliche Debatte darüber, wie Recht hier angewandt werden kann, dringend erforderlich.

Von solcher juristischen Aufarbeitung ist die politische zu unterscheiden. Diese ist nicht minder dringlich. Staat und Gesellschaft sind hier in ihrer ganzen Breite gefordert, in den Schulen, in der Wissenschaft, an den Universitäten, in den Gewerkschaften und Verbänden sowie in den Ländern und Kommunen. Eine Aufklärung über die nicht genügend geklärten Vorgänge, Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten in der DDR durch eine "Enquete-Kommission zur politischen Aufarbeitung von 40 Jahren Vergangenheit der DDR" würde den Deutschen Bundestag in die Lage versetzen, aus dieser Geschichte und den von ihr betroffenen Menschen, die er vertritt, in seinen eigenen Handlungen besser gerecht zu werden. Er kann und sollte selbst die Initiative ergreifen, sich bessere Voraussetzungen für seine Urteilsfähigkeit und sein Handeln zu schaffen und daran mitwirken, eine "Anatomie des SED-Staates" zu erstellen.

Eine Enquete-Kommission sollte über die ganze Legislaturperiode daran arbeiten, die Wirklichkeit des Systems und des Lebens in der DDR durchsichtig zu machen und Verantwortlichkeiten klarer darzustellen.

Der Kommission könnten etwa 15 Mitglieder angehören. 9 Abgeordnete sollten es sein, wobei jede Fraktion und Gruppe mit mindestens einem Mitglied vertreten sein sollte, und etwa 6 Sachverständige, dabei besonders solche, die in der DDR gelebt, dort wichtige Erfahrungen gemacht haben und deren Glaubwürdigkeit unbestritten ist. Auch Historiker müssen an dieser Arbeit beteiligt werden.

Den Länderparlamenten insbesondere im Osten Deutschlands sollte vorgeschlagen werden, entsprechende Enquete-Kommissionen in ihren Parlamenten einzurichten, um der Geschichte und bestimmten regionalen Verantwortlichkeiten detaillierter nachzugehen.

Eine solche Kommission und ihre Arbeit würden helfen, eine politische Aufarbeitung wachzuhalten und immer neu herauszufordern. Sie würde damit sowohl einem Hang zum Verdrängen und Wegwischen wehren und das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stärken.